

Vorlage Nr.: **2022/2139**
Verantwortlich: **Dez. 2**
Dienststelle: POA

Aktueller Sachstandsbericht zum Haushaltssicherungsprozess

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Personalausschuss	18.10.2022	4		x	

Beschlussantrag (Kurzfassung)

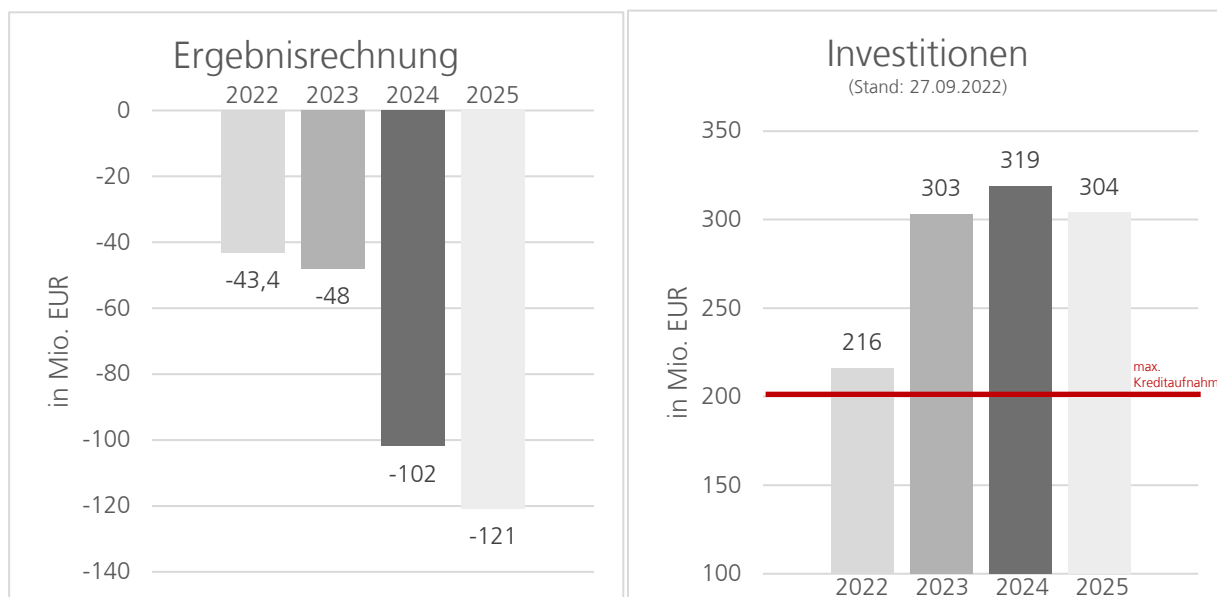
1. Antrag an den Personalausschuss:

Der Personalausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis und empfiehlt zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe die Umsetzung der Maßnahmen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Notwendigkeit der Haushaltssicherung



Im Doppelhaushalt 2022/2023 sowie in den Jahren des nächsten Doppelhaushaltes 2024/2025 wird die Stadt Karlsruhe nach aktuellem Planungsstand ihren Ergebnishaushalt nicht ausgleichen können. Auch wird es nicht möglich sein, aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen liquiden Überschuss zu erzielen, der zur Finanzierung der städtischen Investitionen herangezogen wird. Die Investitionen sind daher eins zu eins mit Krediten zu finanzieren. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat hierauf reagiert und den aktuellen Doppelhaushalt 2022/2023 nur **unter strengen Auflagen genehmigt**. Der Ergebnishaushalt ist durch geeignete Maßnahmen zu konsolidieren und die weitere Verschuldung pro Haushaltsjahr wurde auf jeweils 200 Millionen Euro gedeckelt.

Die Stadt Karlsruhe ergreift aktuell im Rahmen des Gesamtkonzepts zur „Haushaltssicherung“ geeignete Maßnahmen. Mit der dritten Stufe richtet sich der Fokus auf die Haushaltsaufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025. Hierzu wurden die städtischen Ämter, Stabsstellen und Dezernate im April 2022 aufgefordert, Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung von **60 Millionen Euro** zu erarbeiten. Die für 2024 bis zum prognostizierten **Defizit von 102 Millionen Euro** verbleibenden 42 Millionen Euro sollen über einen konsequenten Haushaltsvollzug aufgebracht werden.

Aufgrund aktueller Preissteigerungen wird ein **konsequenter Haushaltssicherungsprozess notwendiger** denn je.

Um die städtische Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können, wurden nachfolgende Maßnahmen durch den entsprechenden Fachbereich erarbeitet:

1. Nennung der reduzierten Budgets oder erzielten Mehrerträge

Dem Personal- und Organisationsamt stehen künftig folgende Haushaltsmittel zur Verfügung:

	Ursprüngliche Planung Mifri	Neu
Personalbudget	17.196.520	16.696.520
Sachkostenbudget	3.773.730	3.643.230
Gesamt	20.970.250	20.339.750

2. Auflistung der plausibilisierten Maßnahmen mit den entsprechenden Summen

Zuständigkeit Verwaltung

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe
POA	Neuorganisation Grippeimpfaktion in 2024 und 2025 -Hausärzte, die im Rathaus/in eignen Räumen impfen-	15.000€	15.000€
POA	Reduzierung Budget Personalgewinnungsmaßnahmen für Berufserfahrene	67.000€	67.000€
POA	Tagung für leitende Führungskräfte in einem zweijährigen Rhythmus	20.000€	20.000€
POA	Aussetzen der gesamtstädtischen Tagung (Gesundheitstag und Führungstag)	20.000€	20.000€
POA	SAP-HCM-Modul Reisemanagement wird nicht weiter ausgerollt	8.500€	8.500€
Gesamt:		130.500€	130.500€

Ergänzende Informationen: Neuorganisation Grippeimpfaktion:

Eingesetztes Instrument aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement

Die Abrechnung der bisherigen städtischen Grippeimpfungen gestaltet sich für Betriebsärzte problematisch. Eine allgemeine Impfpflichtung durch die Ständige Impfkommission existiert nicht, allgemein ist die Nachfrage von Grippeimpfungen tendenziell abnehmend. Durch das Tragen von Masken sind positive Nebeneffekte auf Grippeinfektionen zu erwarten und die Zahl der Grippefälle wird wie in den letzten beiden Jahren gering bleiben. Für den Ärztlichen Dienst sind die dezentralen Impf-Aktionen in den Dienststellen darüber hinaus mit einem hohen personellen Aufwand verbunden.

Ergänzende Informationen: Budget Personalgewinnungsmaßnahmen für Berufserfahrene

Eingesetzte Instrumente aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement, Standardkritik

Stellen sind grundsätzlich auszuschreiben. Im Rahmen der Haushaltssicherung wurde aktuell der grundsätzliche Vorrang der internen vor einer externen Stellenausschreibung beschlossen. Das POA beobachtet die Recruitingtrends und berät die Dienststellen zur Personalgewinnung sowie zu geeigneten Veröffentlichungsmedien. Die letztendliche Entscheidung über Ausschreibungsmedien und -wege liegt bei den Dienststellen, dennoch ist trotz stetig wachsender Anzahl der Stellenausschreibungen im demografischen Wandel mit einer etwas abgeflachten Steigerung der Kosten durch externe Personalgewinnungsmaßnahmen zu rechnen.

Ergänzende Informationen: Zu Tagung für leitende Führungskräfte in einem zweijährigen Rhythmus

Eingesetzte Instrumente aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement, Aufgaben- und Standardkritik

Es wurden die Kosten und der Nutzen bei Durchführung der Veranstaltung in jährlichem und 2-jährigen Rhythmus kritisch gegenübergestellt. Insbesondere mit Blick auf die Signal- und Vorbildwirkung erschien eine Streichung der Aktivitäten im Bereich der Managemententwicklung und Dialogformate zielführend

Ergänzende Informationen: Aussetzen der gesamtstädtischen Tagung (Gesundheitstag und Führungstag)

Eingesetzte Instrumente aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement, Aufgaben- und Standardkritik

Systematische und zielorientierte Gegenüberstellung der Auswirkungen (Wirkungsanalyse) im Portfolio Fort- und Weiterbildung und dem Haushaltsansatz für gesamtstädtische Tagungen.

Führungs- und Gesundheitstage haben unbestritten Vorteile mit Blick auf gute Vernetzung, Impulssetzung etc. Aufgrund von Corona konnte der Tag letztes Jahr nur digital stattfinden. Das Aussetzen der gesamtstädtischen Tagung hat geringere Auswirkungen auf Mitarbeiter*innen, als die Reduzierung von weiteren Ausgaben in der Fort- und Weiterbildung

Ergänzende Information: SAP-HCM-Modul Reisemanagement wird nicht weiter ausgerollt
Eingesetzte Instrumente aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement, Aufgaben- und Standardkritik, Geschäftsprozessoptimierung

Das Modul SAP-HCM Reisemanagement wurde pilothaft in einigen Dienststellen erprobt. Dabei zeigte sich, dass die digitalen Abläufe nur teilweise für einen gesamtstädtischen Einsatz zur Beantragung und Abrechnung von Dienstreisen geeignet sind. Die Akzeptanz bei den Pilotdienststellen war zurückhaltend. Eine notwendige Weiterentwicklung mit dem Dienstleister Komm.one dauert bekannterweise sehr lange. Aktuell werden mittelfristig einsetzbare, weitere digitale Möglichkeiten und existierende Tools für den Einsatz in der Dienstreisebeantragung und Abrechnung evaluiert und überprüft.

Zuständigkeit Ausschuss/Gemeinderat

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe
POA	Verschiebung der beamtenrechtlichen Beförderungen auf Termine ab dem 1. August eines Kalenderjahres	500.000€	500.000€
Gesamt:		500.000€	500.000€

Eingesetzte Instrumente aus dem Instrumentenkoffer: Portfoliomanagement, Benchmarking

Die Verschiebung von wenigen (max. 7) Monaten der beamtenrechtlichen Beförderungen hat keine rechtlichen Auswirkungen (kein Anspruch auf Beförderung). Erste Beförderungsjahre sind mit Blick auf die Nachwuchskräftegewinnung ausgenommen.

40 % der eingesparten Kosten erbringen nicht die betroffenen Beamt*innen, sondern diese resultieren aus der Reduzierung der Umlagekosten an den KVBW. Dieser Effekt wird auch von anderen Kommunen durch bewusste Terminierung der Beförderungen genutzt.

3. Gibt es besondere strategische Ziele, die Sie sich in den nächsten Jahren vornehmen?

Das POA verfolgt in den nächsten Jahren u.a. folgende strategische Ziele:

Verwaltungsspitze und Politik sind in die Lage versetzt, Personal mit gesamtstädtischer Perspektive zielorientiert zu steuern. Der Organisationsstellenplan bildet strategische Leistungs- und Arbeitsschwerpunkte ab.

Innovative und zukunftsfähige Konzepte greifen moderne Entwicklungen in den Handlungsfeldern Organisation und Personal auf und dienen der Sicherstellung der stadtweiten Aufgabenerledigung sowie der Erhaltung der Mitarbeiter*innenzufriedenheit.

Einheitliches Verwaltungshandeln in den Aufgabenbereichen Personal- und Organisation ist durch systematische, strukturierte Evaluation und Weiterentwicklung von Grundsatzdokumenten, Handlungsrahmen und Standards sichergestellt.

Ein stadtweites Berichtswesen in den Themenfeldern Organisation und Personal zur Steuerungsunterstützung befähigt zur Verbesserung der Qualität von Verwaltungsentscheidungen.

Die laufenden Maßnahmen zu Veränderungen von Standards (bei der Personalbindung und Personalgewinnung beispielsweise steigende Standards und durch Ausweitung von Homeoffice beispielsweise Flächenoptimierungen), die eingeleiteten Maßnahmen zum Transfer von Expertenwissen, die laufenden Aufgaben- und Geschäftsprozessoptimierungen sowie die Vielzahl von Digitalisierungsprojekten sollen die Erreichung der o.g. Ziele gewährleisten.

Beschluss:

- I. Beratung der Vorlage in der Sitzung des Personalausschusses am 18. Oktober 2022

Antrag an den Personalausschuss

Der Personalausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis und empfiehlt zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe die Umsetzung der Maßnahmen.